



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann, Gülsersen Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Finanzierung der Jugendabteilung des Europarats sichern!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Der Europarat ist im Bereich der Demokratieförderung für Kinder und Jugendliche sowie Jugendpartizipation ein Vorreiter. Der Landtag hält das Engagement des Europarats und seiner Jugendabteilung im Bereich der Demokratie und Menschenrechte für besonders wichtig und außerordentlich unterstützenswert.

Der Landtag fordert die Staatsregierung daher dazu auf,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Jugendarbeit im Europarat erhalten bleibt, insbesondere die Europäischen Jugendwerke, die Jugendzentren sowie das Co-Management-System;
2. gemeinsam mit dem Bund die Mitgliedstaaten davon zu überzeugen, ihre Beiträge auf das notwendige Maß zu erhöhen.

Der Landtag bittet ferner die bayerischen Delegierten im Kongress der Gemeinden und Regionen, sich ebenso für die weitere vollständige Finanzierung der Jugendarbeit des Europarats einzusetzen.

Begründung:

Im Europarat haben Demokratieförderung und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an demokratischen Prozessen hohe Priorität. Innerhalb der Jugendabteilung werden alle Entscheidungen von Regierungsvertreterinnen und Regierungsvertretern und jungen Menschen gemeinsam getroffen und Jugendpartizipation aktiv gelebt. Diese Co-Management-Methode ermöglicht jungen Menschen gezielt Politik zu erfahren und auch mitzugestalten. Die Besonderheit dabei ist, dass nicht nur Mitgliedstaaten der Europäischen Union dem Europarat angehören, sondern auch Länder wie Russland, Aserbaidschan und Armenien. In einigen Mitgliedstaaten steht die Arbeit unabhängiger Jugendorganisationen unter starkem politischen Druck. Für diese ist der Europarat und vor allem das Europäische Jugendwerk häufig einer der wenigen Ansprechpartner, wenn es um die Förderung von Jugendarbeit zugunsten von Demokratie, Menschenrechten und Völkerverständigung geht. Zudem sind die durch den Jugendsektor des Europarats finanzierten Jugendzentren in Budapest und Straßburg wichtige Orte für Sitzungen, Trainings und Weiterbildungen von jungen Menschen und Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeitern.

Für Bayern bedeutet das konkret, dass beispielsweise Seminare wie das Camino-Training nicht mehr stattfinden können. Dieses durch den Jugendsektor des Europarats finanzierte Programm vermittelt Pädagoginnen und Pädagogen und Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeitern wichtige Kompetenzen im Bereich des religiösen Dialogs. Neben konkreten Projekten und Seminaren profitiert Bayern aber auch strukturell: Die Nutzung von Materialien und Publikationen, die Teilnahme von jungen Menschen aus Bayern an Kongressen und Seminaren in anderen Ländern und die unmittelbare Förderung der europäischen Dachverbände von bayerischen Jugendorganisationen.

Seit 2017 sinkt das Budget des Europarats aufgrund von fehlenden Mitgliedsbeiträgen und der Nichtanpassung der Beiträge an die Inflation. Thorbjørn Jagland, der Generalsekretär des Europarats, hat bereits Anfang April beim Euro-Finanzministertreffen um finanzielle Mittel gebeten, um die finanzielle Krise des Europarats zu überwinden. Die Zahlungsausfälle führen zu Personalstreichungen, aber auch dazu, dass die Aktivitäten des Europarats reduziert werden müssen. Nach derzeitigem Sachstand sollen infolge der finanziellen Engpässe die Jugendaktivitäten des Rats vollständig gestrichen werden und in eine gesonderte Vereinbarung verschoben werden. Dieses neue Modell impliziert freiwillige Einzahlungen der Mitglieder und schafft die strukturelle Finanzierung des Jugendsektors ab.

Jugendverbände wie die Deutsche Sportjugend, der Deutsche Bundesjugendring, das Deutsch-Französische Jugendwerk sowie der Bayerische Jugendring appellieren an die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, dass der Wegfall der Mittel aufgefangen werden muss – nur so können wichtige Projekte im Bereich der Demokratieförderung und Beteiligung von jungen Menschen weiter gefördert werden.